

Regionalbund

standpunkt

DER WIRTSCHAFT

AZA 4410 Liestal

Standpunkt-Ausgabe Nr. 309 – 14. Jahrgang

EDITORIAL



Hans Rudolf Gysin
Nationalrat, Direktor
Wirtschaftskammer
Baselland

Herzlichen Dank, Jörg Krähenbühl

Bei allen Mutmassungen, weshalb es Baudirektor Jörg Krähenbühl nicht wieder in die Regierung geschafft hat, gehen aus meiner Sicht zwei Aspekte unter: Er ist nur zum Teil aufgrund seiner Parteizugehörigkeit nicht wiedergewählt worden. Dafür hat die SVP im Landrat ein zu gutes Resultat erzielt. Ich bin hingegen überzeugt, dass Jörg Krähenbühl zu einem guten Teil «Opfer» seiner seriösen Arbeit geworden ist, die er ohne «Showtime» angepackt und erledigt hat. So hat er die Bau- und Umweltschutzdirektion in den vergangenen vier Jahren weitestgehend aus den früheren kritischen Schlagzeilen herausgeführt, offene Baustellen gesichert oder sauber abgeschlossen und unter anderem – gerade im Bereich Ökologie – schweizweit Zeichen gesetzt: allen voran mit dem Baselbieter Energiepaket. Ich bin überzeugt, dass Regierungsrat Krähenbühl gerade wegen seiner grossen Verdienste für viele Wählende quasi «gesetzt» war und deshalb auf etlichen Regierungswahlzetteln gefehlt hat. Das ist höchst bedauerlich!

Einfach so zur Tagesordnung übergehen mag ich deshalb gerade bei Jörg Krähenbühl nicht. Ihm gebührt auf jeden Fall ein besonders herzliches Dankeschön aller Baselbieterinnen und Baselbieter für seine hervorragende Arbeit in unserer Regierung und insbesondere in der Bau- und Umweltschutzdirektion. Diesem Dank schliesst sich ganz sicher auch das Gros der Baselbieter KMU an, das mit Jörg Krähenbühl ein Regierungsmitglied erlebt hat, das sich der grossen Bedeutung der KMU-Wirtschaft bewusst war und diese dort nicht aus dem Auge verloren hat, wo deren Förderung zum Wohle unseres Kantons sinnvoll und konstruktiv war – ohne «billige Geschenke». Herzlichen Dank, Jörg!

HEUTE IN DER

Gewerbezeitung

MARKTBEHERRSCHUNG 1/2

sgv klagt bei der Weko gegen Tamedia.

WOCHENGESPRÄCH 3

St. Galler Regierungsrätin Karin Keller-Sutter.

GEWERBEPOLITIK 4

Freie Berufe befassen sich mit dem Thema E-Government.

BEDAUERLICH – Nur Teilerfolg für das bürgerliche Wahlbündnis bei der Regierungswahl 2011.

Regierungsarbeit wird schwieriger

Mit grossem Bedauern nimmt das Wahlbündnis der drei bürgerlichen Parteien CVP, FDP, Die Liberalen und SVP vom Ausgang der Baselbieter Regierungswahlen Kenntnis. Einerseits ist man erfreut über die Wiederwahl der bisherigen Regierungsräte Adrian Ballmer, Sabine Pegoraro und Peter Zwick. Die Nichtwahl von Regierungspräsident Jörg Krähenbühl wird hingegen ausserordentlich bedauert und nicht verstanden. Mit der neuen Zusammensetzung des Baselbieter Regierungsrates ist die bisherige erfolgreiche Regierungsarbeit nicht mehr im erforderlichen Masse gewährleistet.

Das bürgerliche Wahlbündnis, das CVP, FDP, Die Liberalen und SVP für die Regierungswahlen eingegangen sind, ist denn auch sehr enttäuscht vom Resultat der Regierungswahlen. Ebenfalls enttäuscht ist man über die tiefe Wahlbeteiligung. Offensichtlich fanden die Argumente für ein starkes bürgerliches Regierungsteam nicht den nötigen Widerhall bei den Wählerinnen und Wählern.

Bürgerliche Mehrheit erhalten

Mit der erfreulichen Wiederwahl der drei bisherigen Regierungsräte Adrian Ballmer, Sabine Pegoraro und Peter Zwick verfügt die Baselbieter Regierung zwar immer noch über eine bürgerliche Mehrheit. Doch die Mehrheitsverhältnisse sind knapper



Baselbieter Regierung 2011–2015 (v. l.): Peter Zwick (bisher), Isaac Reber (neu), Sabine Pegoraro (bisher), Adrian Ballmer (bisher) und Urs Wüthrich-Pelloli (bisher).

geworden und die Weiterführung der bisherigen bewährten bürgerlichen Regierungspolitik wird in den nächsten vier Jahren zweifellos schwieriger. Umso wichtiger wird deshalb der Zusammenhalt der bürgerlichen Kräfte in zentralen Zukunftsfragen des Baselbiets sein.

Dabei muss der Erhalt und die Weiterentwicklung des attraktiven Lebens-, Wohn- und Wirtschaftsstandortes Baselland im Vordergrund der gemeinsamen Anstrengungen stehen. Die bürgerlichen Regierungsmitglieder müssen dabei auf den Rückhalt ihrer bürgerlichen Parteien zählen können. Die notwendige struktu-

relle Entlastung des Staatshaushaltes wird ein erster wichtiger Test der künftigen Politik darstellen.

Grosse Verdienste von Jörg Krähenbühl

Ausserordentlich bedauerlich ist die Nichtwiederwahl von Regierungspräsident Jörg Krähenbühl. Er erreichte zwar das absolute Mehr, fiel aber als Überzähler aus dem Rennen. Regierungsrat Jörg Krähenbühl hat sich in den vergangenen Jahren mit Erfolg für das Baselbiet eingesetzt. Als Bau- und Umweltschutzdirektor hat er seine Direktion zu einem bürgernahen Dienstlei-

stungsbetrieb ausgestaltet. Bei seinem Amtsantritt vor vier Jahren erbe er verschiedene heikle Dossiers und liegengeliebene Aufgaben, die er mit grossem Engagement und im Interesse des Baselbiets zu Ende oder vorwärts gebracht hat. Jörg Krähenbühl hat wesentlich dazu beigetragen, dass das Baselbiet über eine intakte Infrastruktur verfügt. Mit dem Baselbieter Energiepaket hat er die Zeichen der Zeit rechtzeitig erkannt und die Voraussetzungen geschaffen für eine zukunftsgerichtete kantonale Energiepolitik. Umso bedauerlicher ist seine Nichtwiederwahl.

«Glückliche Hand» im Dienste des Kantons Basel-Landschaft

Das Überparteiliche Komitee für ein starkes Regierungs-Team dankt den Baselbieter Wählerinnen und Wählern für die Wiederwahl der Bisherigen Adrian Ballmer, Sabine Pegoraro und Peter Zwick. Das Komitee gratuliert ebenfalls dem wieder gewählten Regierungsrat Urs Wüthrich-Pelloli sowie dem neu gewählten Regierungsrat Isaac Reber. Das Komitee wünscht der neu zusammengesetzten Kantonsexekutive eine glückliche Hand bei ihrer künftigen, zweifellos herausfordernden Tätigkeit im Dienste des Baselbiets.

Überparteiliches Komitee für ein starkes Regierungs-Team

KOMMENTAR AUF DIESER SEITE

STARTSCHUSS – Volksinitiative will für BL und BS je zwei Ständeräte und je eine volle Standesstimme.

Mehr Gewicht im Bund für Nordwestschweiz

Auf Initiative und unter dem Präsidium von Nationalrat Hans Rudolf Gysin (FDP, BL) hat sich ein Komitee gebildet, dass der Nordwestschweiz mehr Gewicht im Bund verschaffen will. Dazu wird eine eidgenössische Volksinitiative lanciert – mit dem Ziel, den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft je einen uneingeschränkten Kantonsstatus einzuräumen. Diese Initiative wurde am vergangenen Montag im Rahmen einer Medienkonferenz auf historischem Boden in der «Weinwirtschaft St. Jakob» – quasi auf der Kantonsgrenze von BL und BS – vorgestellt.

In BL, BS, AG und SO breit abgestützt

Der Initiativ-Kerngruppe gehören neben Wirtschaftskammer-Direktor Gysin auch Ständerat Maximilian Reimann (SVP, AG), Regierungsrat Christoph Eymann (LDP, BS), die Nationalräte Caspar Baader (SVP, BL) und Sebastian Frehner (SVP,

BS) sowie Kantonsrat Hans Büttiker (FDP, SO) und e. Nationalrat Walter Jermann (CVP, BL) an.

Vollberechtigter Kantonsstatus für Basel-Stadt und Baselland

Gleich zu Beginn seiner Ausführungen brachte es Nationalrat Hans Rudolf Gysin an der Medienkonferenz auf den Punkt: «Es geht darum, zu erreichen, dass den beiden Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft in Zukunft je zwei Ständeratssitze und je eine volle Standesstimme zugestanden werden.» Nur so kann das politische Gewicht der Nordwestschweiz auch wirkungsvoll verstärkt werden, ist Gysin überzeugt. Deshalb werde nun eine breit abgestützte eidgenössische Volksinitiative lanciert, die den Titel «Für einen vollberechtigten Kantonsstatus von Basel-Stadt und Basel-Landschaft» trägt. Nachdem die Aufwertung der beiden Basel auf parlamentarischer Ebene bereits mehrmals in Bundesbern ab-

Lancierung der eidg. Volksinitiative am geschichtsträchtigen Ort an der Kantonsgrenze zwischen Baselland und Basel-Stadt: Weinwirtschaft St. Jakob.



geblockt worden ist, sollen nun Volk und Stände demokratisch darüber entscheiden können.

Kein Kanton Nordwestschweiz

Ständerat Maximilian Reimann (SVP, AG) erinnerte sich lebhaft an die Diskussionen und Kommissionsberatungen im Zusammenhang mit der 1999

angenommenen neuen Bundesverfassung. Unter anderem wurde auch über die Neugestaltung des Ständerates und eine Statusveränderung der Halbkantone diskutiert. Reimann plädierte bereits damals für eine Aufwertung der beiden Basel – leider

FORTSETZUNG NÄCHSTE SEITE



Breite Unterstützung (v. l.): e. Nationalrat Walter Jermann (BL), Nationalrat Caspar Baader (BL), Regierungsrat Christoph Eymann (BS), Nationalrat Hans Rudolf Gysin (BL), Ständerat Maximilian Reimann (AG), Kantonsrat Hans Büttiker (SO) und Nationalrat Sebastian Frehner (BS). BILDER IN DIESER AUSGABE: HEINZ DÜRRENBARGER.

BASELBIETER REGIERUNG

Neue Deponien gesucht

Die Kantone Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn suchen gemeinsam nach neuen Ablagerungsmöglichkeiten für Aushub und andere nicht verwertbare mineralische Bauabfälle in der Region Basel. Damit soll in enger Kooperation mit der Bauwirtschaft der heutige Engpass entschärft und die Entsorgungssicherheit für die Zukunft verbessert werden.

Bei jedem Bauvorhaben entstehen grosse Mengen an Bauabfällen. Ein wesentlicher Teil davon wird wiederverwertet, doch bleibt gerade beim Aushub und beim Bauschutt immer noch ein Volumen von jährlich mehreren hunderttausend Kubikmetern, das deponiert werden muss. In den dicht besiedelten Gebieten wird dies immer schwieriger. BL, BS und SO haben daher zusammen mit den Verbänden der Bauunternehmer eine gemeinsame Planung zur Sicherung der künftigen Entsorgung eingeleitet. In einem ersten Schritt werden alle Flächen erhoben, welche als Ablagerungsstandort in Betracht fallen. (Quelle BUD)

AUFWERTUNG – einer starken Region im Bund. Gleiche Pflichten – aber auch Rechte

FORTSETZUNG VON SEITE 1

ohne Erfolg. Dass ein neuerlicher Vorstoss in dieser für die Region wichtigen Frage nun aus den betroffenen Kantonen erfolgt und auch Unterstützung in den Nachbarkantonen Aargau und Solothurn findet, ist für den Juristen Reimann folgerichtig. Zur Idee eines «Kantons Nordwestschweiz», die in letzter Zeit vereinzelt aufs politische Tapet gebracht worden ist, stellte der Aargauer Ständerat dezidiert fest, dass der Kanton Aargau sich sicher nicht aufspalten wolle, um dann in einem solchen realitätsfernen Konstrukt aufzugehen.

Auch Basel-Stadt profitiert

Der Status der Halbkantone ist für Regierungsrat Christoph Eymann (LDP, BS) ein historisch bedingter Anachronismus. Eine staatsrechtliche Rechtfertigung gäbe es heute dafür keine. «Alle Kantone haben die gleichen Souveränitätsrechte, die gleichen demokratischen Strukturen, die gleichen Aufgaben und Pflichten und sie sind gegenüber dem Bund gleich handlungsfähig und handlungspflichtig», betonte Eymann. Die Notwendigkeit zur Aufwertung der beiden Basel sieht der Basler Regierungsrat vor allem auch in der demografischen Grösse

und in der grossen wirtschaftlichen Bedeutung von Basel-Stadt und Basel-Landschaft begründet. Nachdem die Wiedervereinigung kein staatliches Ziel mehr von Basel-Stadt ist – der entsprechende Artikel wurde in der neuen Kantonsverfassung aus dem Jahre 2005 gestrichen –, sollte sich laut Eymann nun auch der Stadtkanton für die Aufwertung



voll und ganz einsetzen. Zwei gestärkte, aufgewertete Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft würden auch bezüglich Partnerschaft nur profitieren.

Nordwestschweiz stärken

Die Forderung nach einer Aufwertung der beiden Basel richtet sich für Kantonsrat Hans Büttiker (FDP, SO) in keiner Weise gegen die anderen so genannten Halbkantone. Vielmehr soll damit eine offensichtlich bestehende Zurückstufung einer wirtschaftlich, gesellschaftlich und poli-

tisch bedeutenden Region korrigiert werden. Die Rechte der kleineren Kantone blieben übrigens absolut gewahrt.

Keine Zwängerei

Für Nationalrat Caspar Baader (SVP, BL) hat der erneute Anlauf in Richtung Vollkantone nichts mit Zwängerei zu tun. Vielmehr würden die involvierten Baselbieter Politiker getreu der Kantonsverfassung handeln, welche die kantonalen Behörden verpflichtet, alles zur Erreichung dieses Zieles zu unternehmen.

Mit zwei vollberechtigten Kantonen sieht Baader auch das viel beschworene helvetische Gleichgewicht nicht bedroht, nachdem der Stadt- und der Landkanton häufig unterschiedlich abstimmen, wie das zuletzt bei der Waffeninitiative geschehen ist.

Status quo nicht zementieren

Auch als Anhänger einer Wiedervereinigung sieht Nationalrat Sebastian Frehner (SVP, BS), dass die angestrebte Gewichtsverstärkung mit einem fusionierten Kanton Basel nicht zu erreichen wäre: «Wir würden

damit nur den Status quo zementieren.» Zwei mit den anderen Ständen politisch gleichwertige Kantone sind auch für ihn der einzig gangbare Weg, in absehbarer Zeit die Nordwestschweiz im Bund zu stärken.

Einen willkommenen Nebeneffekt sieht der baselstädtische SVP-Präsident darin, dass die bürgerliche Seite des Ständerates mit zwei zusätzlichen Mitgliedern aus den beiden Basel zweifellos verstärkt werden könnte. Die heutige rein linke Vertretung in beiden Basel entspreche sicher nicht den tatsächlichen politischen Verhältnissen.

Gleichgewicht bleibt erhalten

Für e. Nationalrat Walter Jermann (CVP, BL) steht aufgrund seiner bundespolitischen Erfahrung völlig ausser Frage, dass vier politisch vollwertige und eng zusammenarbeitende Kantone AG, BL, BS und SO in Bern einen stärkeren und vor allem nachhaltigeren Widerhall finden werden, als dies heute der Fall ist. Vor allem sieht Jermann keine Gefährdung des föderalen Gleichgewichts. Immerhin habe die Romanie mit der Gründung des Kantons Jura im Jahre 1979 eine zusätzliche Ständesstimme und zwei zusätzliche Mitglieder im Ständerat erhalten. Mit der angestrebten Aufwertung der beiden Basel würden nur die politischen Gewichtsverhältnisse vor dem Kanton Jura wieder hergestellt.

MWB.

KMU FRAUEN BASELLAND

Jahresprogramm 2011
Für das Jahr 2011 sind für die KMU Frauen Baselland folgende Anlässe geplant. Die Mitglieder erhalten für die Anlässe rechtzeitig Einladungen mit allen notwendigen Detailinformationen.

Fitness-Tag der KMU Frauen
12. April 2011, 17.45 Uhr in Bubendorf

Führung durch den Basler Zolli
19. Mai 2011, 18.15 Uhr, Binningerstrasse 40, Basel (Haupteingang Zolli)

Sommerplausch
August 2011
Die KMU Frauen gehen mit ihren Partnern gemeinsam zum Fischen.

KMU Frauen beim Boxen
September 2011

An einer Mitgliedschaft bei den «KMU Frauen Baselland» interessierte Damen sind herzlich eingeladen, an einzelnen der oben aufgeführten Anlässen teilzunehmen und dabei die KMU Frauen und ihre Tätigkeit in der Praxis unverbindlich kennenzulernen. Wir bitten jedoch um vorherige Anmeldung.

Weitere Auskünfte und Anmeldung:
Tel. 061 927 65 58 oder kmu-frauen@kmu.org

Praktische Übungen im Erstellen kompletter Versand- und Zollpapiere

Dienstag, 19. April 2011, 8.30-12.00 Uhr
Haus der Wirtschaft, Altmarktstrasse 96, 4410 Liestal

Korrekt ausgefüllte Versand- und Zollpapiere sind das A und O jeder Exportabwicklung. Lernen Sie, wo die Fallstricke liegen, und üben Sie anhand von konkreten Praxisbeispielen, wie auch komplexe Exportsendungen korrekt abgewickelt werden. Sie sind nach dem Seminar in der Lage, die entsprechenden Papiere in ihrem Unternehmen korrekt und selbständig auszufüllen. Ein Workshop mit vielen praktischen Übungen und wertvollen Tipps aus der Praxis für die Praxis rund um das gesamte Zollwesen.

Zielgruppe: Das halbtägige Seminar ist vollumfänglich auf Praktiker/innen, insbesondere Sachbearbeiter/innen, im Exportgeschäft ausgerichtet.

Seminarleitung: Peter Friedel, Leiter IT Kontraktlogistik Schweiz, Kühne & Nagel, Embrach

Teilnahmegebühr:
CHF 395.– für Mitglieder Wirtschaftskammer Baselland
CHF 495.– für Nichtmitglieder
inkl. Dokumentation und Pausen erfrischung

Detaillierte Informationen zu den einzelnen Seminaren finden Sie im Veranstaltungskalender auf www.kmu.org.

Mehrwertsteuer und Dienstleistungen

25. Mai 2011, 9.00-17.00 Uhr

Auswirkungen des EU-MWSt-Pakets und des neuen Mehrwertsteuer-Gesetzes (nMWSTG). Fachseminar mit integrierten Workshops.

ZOLL DOUANE

WIRTSCHAFTSKAMMER BASELLAND

School for International Business

ANMELDE TALON

Ich melde mich für folgende/s Seminar/e an:
o 19. April o 25. Mai

Name, Vorname _____
Firma _____
Strasse, Nr. _____ PLZ, Ort _____
Tel. _____ E-Mail _____
Datum _____ Unterschrift _____

o Mitglied Wirtschaftskammer Baselland o Nichtmitglied
o Bitte senden Sie mir Ihre Dokumentation über Ihr Tagungszentrum.

Ausschneiden oder kopieren und per Fax an die Nr. 061 927 65 50

BILDER SESSIONSRAPPORT



Vollbesetzter Saal in der «Mittenza».



Bericht aus Bern: Nationalräte Hans Rudolf Gysin und Filippo Leutenegger.



Regierungsrätin Sabine Pegoraro und Moderator Jascha Schneider.



Fraktionspräsident Daniele Ceccarelli und Regierungsrat Adrian Ballmer.



Ehrgast Marcel Schweizer, Präsident GVBS, und Landrat Thomas Schulte.

POLITIKOLUMNE

Ausholzen lohnt sich immer

Der Kanton Luzern hats letztes Jahr vorge-macht – und es geht: Zuerst wurden die Verkehrssignale auf dem Strassennetz auf ihre Notwendigkeit hin überprüft. Dann stellte man fest, dass 550 Signale überflüssig waren. Sie wurden sofort entfernt. Der Starterfolg der «Abholzaktion im Schilderwald» machte den Behörden der Luzerner Dienststelle Verkehr und Infrastruktur Mut. Die Überprüfung der Verkehrssignale wird dieses Jahr fortgesetzt.

Das gute Beispiel des Kantons Luzern dürfte bald landesweit ansteckend wirken. Denn die Verordnungen über die Verkehrsregeln (VRV; in Kraft seit 1962) und die Signalisation (SSV; 1979) sind «organisch gewachsen». Zu deutsch: Sie sind weitgehend überlebt und Teile davon gar überflüssig. Benutzerfreundlichkeit und Verständlichkeit sind ihnen im Laufe der Zeit abhanden gekommen. Das ist keine bössartige Unterstellung, das ist die Lagebeurteilung des Bundesamts für Strassen (Astra) in Bern. Darum will man die Strassenverkehrsvorschriften und die Beschilderung den heutigen Bedürfnissen anpassen. Verständlicher und übersichtlicher soll das Ganze werden.

Wie viele Verbots-, Gebots-, Hinweis- und andere Verkehrsschilder stehen überhaupt am rund 70'000 Kilometer langen Strassennetz? Es sind gemäss Astra-Schätzung zwischen 2,5 und vier Millionen Stück! Durchschnittlich alle zwanzig Meter steht in der Schweiz ein Verkehrsschild. Jedes fünfte (500'000 bis 800'000 «Täfel») wäre laut Astra überflüssig. Regelungen, welche die Verkehrsteilnehmenden für ein sicheres Verhalten nicht zwingend kennen müssen, sollen deshalb entfernt oder vereinfacht



Peter Amstutz
ist akkreditierter Bundeshausredaktor. Er war lange Jahre Leiter der Bundeshausredaktion der BaZ.

Der Autor vertritt in dieser Kolumne seine persönliche Meinung.

werden. Das Fahrverbot für Traktoren auf Autobahnen und Autostrassen beispielsweise ist faktisch gegenstandslos geworden, weil dort Fahrzeuge, die nicht 80 Stundenkilometer erreichen, bereits verboten sind. In Zukunft soll auch die Innerortsgeschwindigkeit 50 grundsätzlich ab der Ortschaftstafel gelten und nicht mehr separat mit dem Signal «Höchstgeschwindigkeit 50 generell» angezeigt werden. Damit entfällt dieser «Sonderfall Schweiz». Das Gefahrensignal «Fussgängerstreifen» als Warnung vor schwer erkennbaren Fussgängerstreifen erweist sich ebenfalls als sinnlos: Solche Streifen sind laut Astra «nicht zu akzeptieren» und müssten längst saniert oder aufge-

hoben sein. Auch das Hinweissignal «Gottesdienst» ist verkehrrechtlich bedeutungslos. Das gleiche gilt für das Gefahrensignal «Flugzeuge» als Warnung vor tieffliegenden oder rollenden Flugzeugen bei Flugplätzen und Flugpisten. «Wenn Flugzeuge über eine Strasse rollen», sagt das Astra, «reicht eine Warnung mit dem Signal ohnehin nicht aus, sondern es müssten weitergehende Massnahmen ergriffen werden.» Oder wer kennt noch das «Doppelte Andreaskreuz»? Das «Einfache» steht an einem Bahnübergang mit einem Gleis, das «Doppelte» an einem Bahnübergang mit mehreren Gleisen. Ob ein Bahnübergang mit einem Gleis oder mehreren Gleisen ausgestattet ist, dürfte für die Verkehrsteilnehmenden keine Rolle spielen, findet die Bundesbehörde – und sie hat recht. Gemäss heutiger Ordnung stehen zwischen den Signalen «Schranken» und «Bahnübergang ohne Schranken» bis zum Bahnübergang noch immer drei Distanzbaken. Dazu sagt das Astra: «Überflüssig und ohne Einfluss auf die Verkehrssicherheit.»

Eigentlich beispielhaft, wie das Bundesamt für Strassen, aber auch der Kanton Luzern und andere im Schilderwald zu Werke gehen. Man wünschte sich, es herrschte im Bundesamt für Justiz oder in der Bundeskanzlei gleichartiger Erneuerungsgeist samt Aufbruchstimmung. Denn auch im Gesetzgebungsdickicht, das im Laufe der Jahrzehnte üppigst wucherte, könnte eine Ausholzaktion nicht schaden. Anregungen, wo die Axt anzulegen wäre, könnten schweizerische KMU-Firmen bündelweise gratis nach Bern und in kantonale Hauptstädte liefern...

P.A.

MITTENZA – Traditioneller FDP-Sessionsrapport.
Politik und Kultur

Die Energiepolitik, das Bausparen und das Baselbieter Entlastungspaket waren am 23. März die zentralen Themen am traditionellen «Sessionsrapport» der FDP. Die Liberalen Baselland. Aus Bern berichteten die Nationalräte Hans Rudolf Gysin und Filippo Leutenegger. Den Baselbieter Part bestritten die Regierungsmitglieder Sabine Pegoraro und Adrian Ballmer sowie der Präsident der FDP-Landratsfraktion, Daniele Ceccarelli. Der «Bericht aus Bern und Liestal» bot zweierlei: einerseits interessante politische Informationen aus erster Hand und andererseits ein kulturelles Highlight mit den Darbietungen des aus dem

Bündnerland stammenden Chor- und Gesangs-Ensembles «La Compagnia Rossini». Das Diskussionspodium im Saal des Hotels Mittenza in MuttENZ leitete Jascha Schneider, Moderator der Telebasel-Sendung «Salon Bâle». Die Diskussion stand natürlich auch unter dem Eindruck der Ereignisse in Japan. Nationalrat Filippo Leutenegger wertet den Entscheid des Bundesrates, unsere Energiepolitik zu überprüfen und sich dabei über den Ausstieg aus der Atomenergie Gedanken zu machen, als richtig und notwendig. Ein sofortiges Abschalten der schweizerischen KKW sei aber volkswirtschaft-

Musikalische Leckerbissen am «trockenen» Sessionsrapport: die stimm-gewaltige «Compagnia Rossini».



lich nicht möglich, sondern nur schrittweise umsetzbar. Zuerst müsse die Energieversorgung auf lange Sicht sichergestellt werden. Nationalrat Hans Rudolf Gysin kämpft bekanntlich seit vielen Jahren für die Einführung eines nationalen Bausparens. In der vergangenen Frühjahrssession konnte endlich ein Durchbruch in dieser Frage er-

zielt werden, indem der Ständerat seinen grundsätzlichen Widerstand gegen das Bausparen aufgegeben hat. Sollten sich die beiden Räte in der Sommersession verständigen, so könnte das Bausparen auf nationaler Ebene ab 2012 endlich Wirklichkeit werden, betonte Gysin. MWB.

WEITERE BILDER AUF DIESER SEITE

Eine persönliche Kundenbetreuung?
Selbstverständlich!

Sie möchten einen Ansprechpartner, der Ihnen mehr bietet als Zahlen und Prozente?
Einen Ansprechpartner, der Ihnen auch wirklich zuhört und Sie mit fachlichem Rat begleitet?
Sie wollen eine Bank, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt und auf langfristige, persönliche Beziehungen baut? Herzlich willkommen bei Baumann & Cie.
Wir freuen uns auf Ihren Anruf!



BAUMANN & CIE
BANQUIERS

Die unkomplizierte Privatbank